

Bergell will Giacometti-Zentrum

Ehrgeiziges Kulturprojekt im Südbündner Bergtal nimmt grössere Dimensionen an

Die Stimmbürger des Bergells bewilligen den Kredit für ein Zentrum zu Ehren der Künstlerfamilie Giacometti. Das Geld fliesst aber erst, wenn die Gesamtfinanzierung gesichert ist.

Peter Jankovsky, Vicosoprano

Bekannt ist das italienischsprachige Bergell aus zwei Gründen: Das wilde Südbündner Tal zieht die Touristen nicht nur wegen der Schönheit der Natur an, sondern auch, weil es die Heimat des Künstlers Alberto Giacometti (1901–1966) ist. Mit seinen langgezogenen Skulpturen und den Grau-in-Grau-Gemälden hat Giacometti Weltruhm erlangt. Doch sein Atelier im Dorf Stampa ist für die Öffentlichkeit nicht zugänglich, und im regionalen Museum dient bloss der Luftschuttkeller als Ausstellungsort zu Alberto Giacomettis Gedenken.

Touristisches Potenzial

Der Name Giacometti birgt touristisches Potenzial für das ganze Tal in sich. Dies ist umso bedeutsamer, als das Bergell mit wirtschaftlicher Stagnation und Abwanderung zu kämpfen hat. So war vor zehn Jahren die Idee entstanden, in Stampa das «Centro Giacometti» zu errichten, ein Kultur-, Ausstellungs- und Dokumentationszentrum zu Ehren Albertos und weiterer Mitglieder der Familie Giacometti, die ebenfalls Künstler waren.

Anfangs hatte es die Vereinigung der Freunde des Centro Giacometti schwer, das Projekt der Bevölkerung schmackhaft zu machen. Als sich 2010 die fünf Kleingemeinden des Tals zur Einheitsgemeinde Bergell bzw. Bregaglia zusammenschlossen, gewann das Projekt an Dynamik. Die neue Gemeindeversammlung sprach 250 000 Franken für eine Machbarkeitsstudie, welche auch der Kanton unterstützte. Das steigende Interesse erklärt sich zu einem guten Teil mit der Hoffnung auf neuen wirtschaftlichen Schwung.

Nun hat vor wenigen Tagen in Vicosoprano die Bergeller Gemeindeversammlung eine Entscheidung mit Signalwirkung für die anderen potenziellen Mitfinanzierer des Projekts (Kanton, Mäzene und Sponsoren) gefällt: Sie sagt Ja zum Centro Giacometti. Und so soll das Projekt von der Gemeinde innert der nächsten fünf Jahre mit 10 Prozent der gesamten Investitionssumme, aber maximal 2 Millionen Franken unterstützt werden. Jedoch forderte ein Stimmbürger, den ursprünglichen Antrag der Gemeindeexekutive, der einen Sofortbeitrag von 300 000 Franken vorsah, zu verwerfen und mit der Auszahlung des Kredits zuzuwarten, bis die Gesamtfinanzierung des Projekts steht. Die Gemeindeversammlung unterstützte diese Forderung mit 132 zu 91 Stimmen. Die maximal 2 Millionen Franken dürften vermutlich erst fliessen, wenn die Giacometti-Vereinigung 90 Prozent des Investitionsvolumens gesichert hat.



Alberto Giacometti bei seinem Haus in Stampa im Jahr 1961. HENRI CARTIER-BRESSON / MAGNUM

Diese Vorbehalte widerspiegeln gewisse Zweifel der Bevölkerung, ob das Vorhaben auch wirklich positive Folgen für die Wirtschaft des Tals haben wird. – «Grundsätzlich steht das Bergell hinter dem Projekt. Das ist für uns das Entscheidende», erklärt Marco Giacometti, Präsident der Vereinigung und entfernt Verwandter des Künstlers Alberto. Er ist trotz Streichung des Sofortbeitrags zufrieden, weil 230 der 900 Bergeller Stimmberechtigten zur Gemeindeversammlung gekommen seien, was Signalwirkung habe. Normalerweise nähmen bloss 80 bis 120 Personen an den Versammlungen teil.

Grosse Herausforderung

Als grosse Herausforderung kann das Sichern der Gesamtfinanzierung bezeichnet werden. Die Kosten dürften nämlich von 10 auf ungefähr 17 Millionen Franken ansteigen. Laut der Machbarkeitsstudie wird das Giacometti-Zentrum nur wirtschaftlich funktionieren, wenn es jährlich etwa 25 000 Besucher anzieht. Das bedingt die Schaffung zusätzlicher Attraktionen, zum Beispiel

der Möglichkeit, gewisse Originalwerke Albertos wie auch der anderen künstlerisch tätigen Giacomettis zu zeigen. – Sehr ehrgeizig wirke das Giacometti-Projekt in seiner neuen Dimension, sagt Lorenzo Zanetti, Leiter der Abteilung Regionalentwicklung im Amt für Wirtschaft und Tourismus Graubünden. Für ihn stellt sich die Frage, wie viel von den 17 Millionen Franken von Mäzenen à fonds perdu bereitgestellt werde. Denn die kantonalen Beiträge können nur komplementär sein und sollten wirtschaftliche Erträge zur Folge haben. Zanetti zeigt sich über das Abstimmungsergebnis im Bergell erfreut; gleichzeitig bezeichnet er das Ausbleiben des Sofortbeitrags als irritierend. Gemäss seinen Worten kommt das Giacometti-Projekt in eine entscheidende Zwischenphase, in welcher es um die Detailplanung der Kosten und der Wirtschaftlichkeit geht.

Das Projekt verändert sich, aber nach wie vor planen die Freunde des Centro die Eröffnung auf den 15. Januar 2016. Dann wird es 50 Jahre her sein, dass der Künstler Alberto Giacometti im Bergell zu Grabe getragen wurde.

Mitbestimmung stärken

Auns stellt ihre Initiative «Staatsverträge vors Volk» vor

Die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) fordert, dass in wichtigen aussenpolitischen Entscheiden das Volk mitbestimmen soll. Politikern und Wirtschaftsvertretern wirft sie vor, eigene Interessen zu verfolgen.

wig. · «Forderungen aus dem Ausland wie auch Erpressungen und Drohungen gegenüber der Schweiz nehmen laufend zu. Wir dürfen unseren Standortvorteil, die Rechtssicherheit, nicht gefährden»,

STAATSVERTRÄGE VORS VOLK

Eidgenössische Volksabstimmung vom 17. Juni

sagt Pirmin Schwander warnend. Der SVP-Nationalrat und Präsident der Auns befürchtet, dass die Schweiz ihre Selbstbestimmung verliert, indem sie bei Staatsverträgen zu viele Konzessionen macht. Als Beispiel nennt Pirmin Schwander die jüngst abgeschlossenen Steuerabkommen, bei denen die Schweiz dem Druck des Auslands nachgegeben habe. Mit der von der Auns lancierten eidgenössischen Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Aussenpolitik (Staatsverträge vors Volk!)» sollen die demokratische Mitsprache in der Aussenpolitik und gleichzeitig die Souveränität der Schweiz gestärkt werden.

Vorwurf Erpressbarkeit

Die Auns-Mitglieder sind der Meinung, dass die Schweiz gegenüber dem Ausland mittlerweile bei jeder Gelegenheit einknickt. Luzi Stamm, Auns-Vizepräsident und ebenfalls Nationalrat der SVP, will verhindern, dass die Schweiz zum «Spielball» von anderen Staaten wird. Mit diesem Ausdruck reagiert er zugleich auf ein Argument der Gegner der Auns-Kampagne, die bei einer Annahme der Initiative eine Einschränkung

der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit befürchten.

Aus der Sicht von Stamm ist es aber genau umgekehrt. Er moniert die mittlerweile schwache Verhandlungsposition der Schweiz, die er auf die «Erpressbarkeit» von Politikern und Wirtschaftsvertretern zurückführt. Denn diese entschieden in aller Regel interessegebunden und liessen sich vom Ausland viel leichter unter Druck setzen als die gesamte Bevölkerung. Er vertraue dem Schweizervolk mehr als Einzelpersonen, fügte Stamm an. Das «Erfolgsmodell Schweiz» basiere auf dem politischen System der direkten Demokratie. Es gebe also keinen Grund, dem Volk aussenpolitische Entscheidungen vorzuenthalten.

Diese Einstellung teilen seine Kollegen. Auns-Präsident Schwander stellt fest, dass es für die Schweiz desto besser herausgekommen sei, je mehr Leute mitbestimmen hätten, und gemäss dem Zürcher SVP-Kantonsrat Hans-Ueli Vogt geniessen demokratisch gefällte Entscheide im Volk eine weitaus höhere Akzeptanz.

Gleichgewicht herstellen

Laut den Initianten verlagert sich das Gewicht immer mehr in Richtung Völkerrecht und internationale Einflüsse, auf Kosten der direkten Demokratie. Kantonsrat Vogt fordert deshalb einen Ausbau der Möglichkeiten direktdemokratischer Mitsprache und damit aus seiner Sicht eine Wiederherstellung des Gleichgewichts.

Staatsverträge, die «wichtige Bereiche» betreffen – laut Vogt wären das Verträge, die wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthalten –, sollen dem obligatorischen Referendum unterstellt werden. Durch diese Mitbestimmung des Volkes sehen Stamm und Schwander den Vorteil für die Schweizer Unterhändler, bei Verhandlungen auf die notwendige Zustimmung der Schweizer Bevölkerung verweisen zu können. Damit werde die Verhandlungsposition der Schweiz gestärkt.

Fürstliche Beratung für schwangere Frauen

Liechtensteins Fürstenhaus finanziert eine Infostelle

Die vom Fürstenhaus gegründete Stiftung «schwanger.li» zur Beratung schwangerer Frauen eröffnet eine Infostelle im St. Galler Rheintal. Die Betreuung wird damit in allen drei Ländern des Alpenrheintals angeboten.

Günther Meier, Vaduz

Liechtensteins Fürstenhaus lehnt die Abtreibung strikte ab, wie im vergangenen Jahr die von Erbprinz Alois angekündigte Sanktionsverweigerung für die Einführung einer Fristenlösung zeigte. In seinen Thronreden forderte der Erbprinz stattdessen mehr Hilfsangebote für in Not befindliche Frauen und für Frauen mit ungewollten Schwangerschaften. Bereits vor den derzeitigen Diskussionen um eine Fristenlösung und die Aufhebung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs gründete das Fürstenhaus die Stiftung «schwanger.li», um einzelnen Frauen und Paaren im Fall einer Schwangerschaft professionelle Hilfe bieten zu können.

Drei Standorte

Die vom Fürstenhaus finanzierte Stiftung, welcher Erbprinzessin Sophie als Präsidentin vorsteht, eröffnete 2006 je eine Beratungsstelle in Liechtenstein und in Vorarlberg, die nun um eine solche in Buchs im St. Galler Rheintal erweitert wurden. Künftig werden an den drei Standorten 12 hauptamtliche und eine Reihe freier Mitarbeiter ihre Bera-

tungen bei Schwangerschaften, bei Konflikten mit dem Partner, finanziellen Sorgen oder Problemen am Arbeitsplatz anbieten. Der von Erbprinzessin Sophie bei der Eröffnung der ersten Beratungsstelle geprägte Satz dient immer noch als Richtschnur für die Beratungstätigkeit dieser Stellen, die insbesondere die in Not geratene Frau in den Mittelpunkt stellt: «Ein besonderes Anliegen sind mir jene Frauen, die keinen Rückhalt durch ihren Partner oder ihre Familie haben.» Keine Frau soll sich aufgrund schlechter Rahmenbedingungen zu einem Schwangerschaftsabbruch gezwungen sehen, betonte die Erbprinzessin weiter.

Nachfrage vorhanden

Wenn sich eine Frau jedoch zu einem Schwangerschaftsabbruch entschieden hat, erhält sie vor und nach dem Eingriff die erforderliche Unterstützung: bei finanziellen Fragen, bei psychischen Belastungen oder Partnerproblemen. Dass Angebote an professioneller Beratung und Hilfe in Schwangerschaftsfragen einer Notwendigkeit entsprechen, verdeutlicht die Entwicklung bei «schwanger.li». Wurden im ersten Jahr knapp 100 Frauen betreut, stieg die Zahl der Klientinnen im vergangenen Jahr auf 544 an. Im Vordergrund standen Beratungen und Hilfeleistungen bei ungewollten Schwangerschaften, sozial- und arbeitsrechtliche Fragen sowie Pränataldiagnostik. Die grenzüberschreitende Beratungsstelle «schwanger.li» engagiert sich auch in der Sexualpädagogik und unterstützt Lehrkräfte auf allen Schulstufen.

Arbeitnehmer am Bodensee zunehmend mobil

Zahl der Grenzgänger Richtung Schweiz stieg 2011 um knapp 10 Prozent

St. Gallen · Die berufliche Mobilität im Bodenseeraum hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Dies zeigt die Auswertung eines Monitorings, das im Auftrag der Grenzpartnerschaft «Eures» erhoben wurde. Rund um den Bodensee pendelten mehr als 51 000 Beschäftigte über die Staatsgrenzen hinweg zu ihren Arbeitsplätzen, 3000 mehr als im Vorjahr.

Der Pendlerstrom verläuft allerdings relativ einseitig Richtung Schweizer Grenzgebiet und Fürstentum Liechtenstein. 2011 stieg insbesondere die Anziehungskraft von Schweizer Arbeitsplätzen: Die Zahl der Grenzgänger Richtung Schweiz erhöhte sich um 9,5

Prozent auf 29 000. Im Einzelnen: 8000 Grenzgänger pendelten in den Kanton St. Gallen, 7300 in den Kanton Zürich, 4700 nach Schaffhausen, 4500 nach Graubünden und 4000 in den Thurgau. Mit einem Plus von 800 Zupendlern aus Deutschland erlebte Zürich den stärksten Zuwachs.

Eine besondere Rolle spielen die Zupendler im liechtensteinischen Arbeitsmarkt: Mit 17 600 oder 51,2 Prozent stellen sie inzwischen mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Fürstentum. Allein aus der Schweizer Grenzregion führen 2011 täglich 8900 Personen zur Arbeit nach Liechtenstein, aus dem angrenzenden Vorarlberg waren es 7500.

Insgesamt sind 56 Prozent der Grenzgänger auf Schweizer Seite des Bodensees beschäftigt und 34 Prozent im Fürstentum Liechtenstein, jedoch nur 6 Prozent in Vorarlberg und 4 Prozent in Deutschland. Trotz zunehmender Dynamik im Arbeitsmarkt ist der Bodensee, auch wegen teilweise noch ungenügender Verkehrsverbindungen, ein natürliches Mobilitätshindernis. Im Vergleich mit den Regionen Genfersee, Nordwestschweiz und Tessin, in denen 2011 insgesamt über 200 000 Grenzgänger gezählt wurden (NZZ 16. 3. 12), bleibt die grenzüberschreitende Arbeitsmobilität rund um den Bodensee weiterhin unterdurchschnittlich.